

7 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 12.30 Uhr

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Somit kommen wir schon zur Fragestunde. Es ist jetzt, meine Uhr geht ein bisschen hinten nach, da werden wir die offizielle nehmen. Es ist jetzt 12.30 Uhr und ich darf bitten Herrn Klubobmann Pascuttini, die Frage an Herrn Stadtrat Eber zu stellen.

7.1 Frage 1: Stadion Um- und Ausbau (KO GR Mag. Pascuttini, FPÖ an StR Eber, KPÖ)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herrn Gemeinderäte, sehr geehrter Finanzstadtrat. Ich darf heute zu einer aktuellen Causa sprechen und wie viele von euch sicher wissen, gestern Abend hat Sturm Graz mit einem Sieg über Red Bull Salzburg, über den Ligakrösus, den Vizemeistertitel fixiert. Ich glaube, das ist auch einen Applaus des Gemeinderates wert. Man darf an dieser Stelle auch einmal die Frage aufwerfen, wie es Sturm Graz immer wieder gelingt, mit vergleichsweise geringen Mitteln gegenüber den Wiener Vereinen so davonzuziehen. Ich persönlich glaube, da sitzt weniger Politik in den ganzen Gremien. Nicht so wie in Wien, wo wir immer wieder hauptsächlich rote Funktionäre haben, die bei Rapid und Austria ihr Unwesen treiben. Und die SPÖ ist da schon ein ganz gutes Stichwort, weil, wenn man sich in den letzten Jahren anschaut, was die SPÖ immer wieder gefordert hat in dieser Thematik, war ein zweites Stadion für den GAK und ein eigenes Stadion für Sturm. Immer wieder hört man das. Ich habe mir das in den letzten Tagen einmal angeschaut. Aus dem Jahre 2019: SPÖ macht in der Grazer Stadionfrage Druck. Dann ein Foto aus der „Kleinen Zeitung“ auch der Michi Ehmann mit seinen Forderungen. Da hat er auch

den Wiedereinzug in den Stadtsenat schon herbeigeredet. Ist leider nichts daraus worden. Aber aus der Stadionfrage scheinbar wird jetzt nichts, wenn man sich das anschaut. Man muss dazusagen ehrlicherweise, waren die Grünen in der Koalition ab Oktober immer sehr, sehr vorsichtig. Sie haben das nicht als fix angegeben. Auch die KPÖ hat sich bedeckt gehalten. Nur bei der SPÖ, die sich in den letzten Jahren wirklich immer wieder so vehement eingesetzt hat, stellt sich jetzt mir die Frage, warum fällt man so um?

Zwischenruf GRⁱⁿ Robosch: Stellen Sie die Frage an uns oder an den Stadtrat?

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Wenn man den aktuellen Berichten, sind Zwischenrufe erlaubt ...

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Bitte einfach weitersprechen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Dankeschön. Ich kann Euch leider keine Frage stellen. Ihr seid nicht im Stadtsenat. Das ist die Situation. Ihr seid ja ein Teil der Koalition. Für mich stellt sich die Frage, wenn jetzt Sturm so finanziell so beschnitten wird durch die Stadtregierung, wie es zu befürchten ist, dann stellt sich mir die Frage, seid Ihr mit ihren Forderungen nicht durchgekommen, weil Ihr einfach keine Relevanz in dieser Stadtregierung habt? Das wäre schlimm für euch, oder aber brecht ihr eurer Wahlversprechen. Wäre auch schlecht für euch, aber für uns alle. An dieser Stelle darf ich auch etwas in Erinnerung rufen, auch für die Sturmfans das nächste Mal bei einer Wahlentscheidung genau zu überlegen. Man hat damals gefordert in einem Spiel „Wahlkampfgeplänkel ist uns

sonst einerlei, doch nächsten Sonntag gilt kein Kreuz bei einer Stadionpartei“. Und scheinbar hat man sich erneut geirrt und ist erneut enttäuscht worden. Ich habe allerdings die Hoffnung nicht aufgegeben, dass die KPÖ zu ihren Worten steht. Auch hinsichtlich des Stadionausbaus und möchte daher jetzt die

Frage

stellen, die wie folgt lautet: Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, welche Ausbau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sollen laut ersten internen Überlegungen umgesetzt werden und welche dieser Arbeiten fallen dem Sparstift zum Opfer?

Originaltext der Frage:

Aus einem Artikel der Kleinen Zeitung vom 15.4.2022 geht hervor, dass der ursprünglich projektierte Ausbau des Grazer Stadions statt 6,2 Mio. Euro rund 11 Mio. Euro kosten soll.

Jetzt soll bei dem von den zuständigen Gremien von Stadt und Land beschlossenen Vorhaben der dunkelrote Sparstift angesetzt und geprüft werden, welche abgespeckten Um- bzw. Ausbauten für 6,2 Mio. Euro realisierbar sind.

Es besteht die Gefahr, dass hier am falschen Ende gespart wird und mögliche nachträgliche Adaptierungen oder Umbauten, die jetzt eingespart werden, die Kosten in Zukunft in die Höhe treiben.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Manfred Eber, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche Ausbau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sollen laut ersten internen Überlegungen umgesetzt werden und welche dieser Arbeiten fallen dem Sparstift zum Opfer?

StR Eber:

Vielen Dank für die Frage. Ich werde natürlich nicht für die SPÖ antworten, kann ich nicht und werde ich natürlich auch nicht. Aber so viel möchte ich schon dazu sagen, was das zweite Stadion anbelangt, ist es so, dass wir demnächst mit einer Arbeitsgruppe starten werden und uns das genau anschauen werden, was das finanziell für die Stadt bedeuten würde. Welche Möglichkeiten sich da eröffnen. Aber jetzt konkret zu Ihrer Frage. Es ist so, dass es am 18. Oktober 2018 einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss gegeben hat. Damals wurden 6,18 Mio. Euro freigegeben. Konkret handelt es sich um das Maßnahmenpaket 2 für das Stadion Liebenau. Da geht es um die Vergrößerung der Sportkabinen, die Neugestaltung des Bertha-von-Suttner-Platzes und vor allem, über das reden wir ja heute, hauptsächlich um den Neubau des sogenannten Sporttageszentrums, den früheren oder den jetzigen VIP-Club. Wir haben seit den letzten dreieinhalb Jahren, sind es ziemlich genau, massive Steigerung der Baukosten gehabt. Wir haben uns gerade gestern wieder die frisch aktualisierten Zahlen geben lassen. Das würde bedeuten, in der aktuellen Kostenschätzung liegt man bei einem Neubau des VIP-Clubs, der alle Gemeinderatsvorgaben von damals, das muss man schon sagen, von 2018, bei 11,9 Mio. Euro. Es gibt dann noch verschiedene andere Varianten. Es fängt an mit der Sanierung des Bestandes von 2,2 Mio. Euro. Also ganz notwendig und dringend erforderlich ist beispielsweise der Austausch der Klimaanlage und geht dann hinauf, wie gesagt, bis zum Vollausbau, eben diese 11,9 Mio. Euro. Wir werden jedenfalls auch weiterhin natürlich schauen, dass wir Sturm Graz als guten Partner auch in der Stadt haben und werden auch als Stadt Graz selbst ein guter Partner sein. Ich möchte nur erwähnen an dieser Stelle, in anderen Städten, Sie haben jetzt Wien genannt, in Innsbruck haben wir ganz andere Probleme. Die haben nicht einmal mehr die Lizenz bekommen. Aber das nur nebenbei. Wichtig ist

jedenfalls, Sie haben es natürlich auch den Medien entnommen in den letzten Tagen und Wochen. Wir haben Handlungsbedarf, was das Budget anbelangt. Wir müssen wirklich jeden Euro zweimal umdrehen. Wir müssen ganz genau hinschauen, wo und in welchen Bereichen wir investieren können. Wichtig ist uns, wir werden auch beim Stadion Liebenau Investitionen tätigen. In welchem Ausmaß genau und wie das konkret dann ausschauen wird, das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten spätestens sehen und natürlich auch berichten.

KO GR Mag. Pascuttini:

Danke für Ihre ausführliche Antwort, Herr Stadtrat. Es ist anzunehmen, bis zum Budgetgemeinderat wird dann Klarheit herrschen, in welchem Ausmaß man genau die Stadt Graz in dieser Stadionfrage unterstützen kann. Habe ich das richtig verstanden?

StR Eber:

Jawohl. Also, zeitnah sage ich jetzt einmal. In den nächsten Tagen, Wochen haben wir noch ein Gespräch mit den Geschäftsführern von GBG und Stadion-Liebenau-Gesellschaft, wo wir uns das Ganze noch einmal konkret anschauen werden. Wir werden dann natürlich in Abstimmung auch mit der Finanzdirektion schauen, wie wir dann weiterkommen und ich hoffe, dass wir beim Budget dann schon einiges vorlegen können. Danke.

**7.2 Frage 2: MS-Projekt Administrative Assistenz für Pflichtschulen
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA, SPÖ am StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen. Das Assistenzprojekt an den Pflichtschulen wird weithin bekannt sein, vor allem weil die Verlängerung heute auch noch oder im Vorfeld beim Ausschuss schon war und heute auch noch beschlossen wird. Ein gutes Projekt, ein wichtiges Projekt, das ganz viele Schulen entlastet hat und ich möchte auch gar nicht viel selbst darüber verlieren, weil meine Frage stellt sich genau in diese Richtung an dich, lieber Kurt Hohensinner. Und zwar hast du da ein paar Kennzahlen, hast du da ein bisschen was Greifbares, wie denn die Erfolgsbilanz war? Ich glaube, man kann sie jedenfalls erfolgreich nennen. Wie viele Schulen konnten damit Unterstützung erfahren? Wie viele Vollzeitstellen, wie viele Teilzeitstellen konnten denn in diesem Rahmen besetzt werden?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie war die Erfolgsbilanz des AMS-Projektes Administrative Assistenz für Pflichtschulen für die Jahre 2020/2021 und 2021/2022?

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, danke für die Frage. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Projekt, das uns da mit der Hilfe des Bundes gelungen ist. Schulleiterinnen und Schulleiter haben ganz andere Aufgaben als noch vor 30 oder vor 20 Jahren.

Damals sperrten die Pflichtschulen meistens so um 13.00 Uhr, 14.00 Uhr zu. Jetzt mit der Nachmittagsbetreuung flächendeckend in Graz ist es eine ganz andere Arbeit. Der Aufwand ist viel größer. Deswegen haben wir ja in den letzten Jahren, und diejenigen von euch, die dabei waren, können sich erinnern, da haben wir sehr oft darüber diskutiert, wann wir hier Assistentinnen und Assistenten den Schulleiterinnen und Schulleitern bereitstellen können. Damals hat es immer von unserer Seite das Argument gegeben, der Bund ist zuständig. Wir sind hier eigentlich nur „Schulerhalter“. Und der Bund hat gesagt, es ist Aufgabe der Kommune. Gott sei Dank hat es jetzt von Bundesminister Kocher ein arbeitsmarktpolitisches Projekt gegeben und wir haben uns natürlich gleich darum beworben und haben eben in der Umsetzung einige schöne Zahlen auch auf die Beine stellen können. Die ersten Assistentinnen und Assistenten konnten am 15. März 2021 aufgenommen werden. Mit 28. Februar 2022 erfolgten die letzten Aufnahmen. Das Projekt hätte bis August 2022 laufen sollen. Jetzt ist das Projekt ein Jahr verlängert worden bis 31. August 2023. Wie wir alle wissen, es gibt in Graz 59 Pflichtschulen, und in 37 Schulen haben wir administratives Zusatzpersonal etablieren können. Die Anstellung und die Abwicklung wird über die Steirische Arbeitsförderungsgesellschaft über die Bühne gebracht, für die Doris Kampus, die Landesrätin, verantwortlich ist. Die Kosten wurden aufgeteilt: zwei Drittel AMS Bund und ein Drittel Stadt Graz und die Aufgaben, die im Schulbetrieb für diese Personen anfallen, sind sehr umfangreich. Der Schriftverkehr im Verwaltungsbereich, Terminplanung, Schülerdaten, Pflege Sokrates, Statistiken, gerade in Covid-Zeiten haben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Daten immer erhoben. Das war ein ziemlicher Stress, weil das Land wollte das auch immer gleich in die Datenbank eingepflegt haben. Und ich habe mich wirklich vor Ort mit einigen Mitarbeiter:innen unterhalten und das war für die Leute sehr bereichernd, aber auch natürlich für die Schulleiterinnen und Schulleiter. Und ich möchte mich an dieser Stelle auch bei der Bildungsabteilung bedanken. Das war für die Bildungsabteilung auch ein großer Aufwand, weil auch in der Einstellungsphase ganz genau hingeschaut wurde, welche Persönlichkeiten sich auch für diesen Job geeignet haben und es war nicht so leicht. Also, im Schnitt haben sich zehn beworben und zwei bis drei Personen wurden

dann aufgenommen. Deswegen konnten wir auch nicht das volle mögliche Kontingent ausschöpfen, weil es uns immer ein Anliegen war, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter wirklich unterstützt werden und dass diese Persönlichkeiten auch wirklich im Schulbetrieb hilfreich mitwirken können. Von dem her ein erfolgreiches Projekt. Mein Anliegen ist aber auch, dass es auch weitergeht, weil der Bund hat es als arbeitspolitische Maßnahme gesehen, dh., die Zielsetzung war immer, dass die Personen, die lange arbeitslos waren, über dieses Projekt wieder Struktur bekommen und in dieser Zeit sich auch woandershin bewerben. Von dem her wird es ein Ablaufdatum geben und ich möchte mich auch einsetzen und Sie alle überzeugen, dass wir zukünftig auch unsere Pflichtschulen mit einem Zusatzpersonal ausstatten und ich habe auch, was dieses Erfordernis betrifft, budgettechnisch dieses Anliegen auch schon gegenüber dem Finanzreferenten in die Budgetgespräche eingebracht und ich würde dich bitten, Frau Gemeinderätin, dass du mich in diesen Verhandlungen auch unterstützt. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Gerne, Kurt, alles, was natürlich sinnvoll ist, würde immer meine Unterstützung finden. Ich habe aber gleich noch eine Zusatzfrage zu den zwei bis drei von zehn Kontingen eingestellt werden. Das Projekt zielte ja, wie du eh schon gesagt hast, primär auf im Arbeitsmarkt benachteiligte Personen, auf Wiedereinsteiger:innen, auf Langzeitarbeitslose, die eigentlich ein Anforderungsprofil haben, primär am Arbeitsmarkt natürlich nicht so leicht durchsetzbar. Für mich stellt sich jetzt nur die Frage, das Anforderungsprofil des ABIs war eben darauf ausgerichtet grundsätzlich. Nur der inhaltliche Anforderungsteil war eigentlich von der Tiefe her jenem dem primären Arbeitsmarkt. Das heißt, wie du gesagt hast, es sollte richtige Unterstützung für die Schulen da sein. Allerdings ist halt ein arbeitsmarktpolitisches Projekt nicht für Menschen gedacht, die am primären Arbeitsmarkt nach einer gewissen Zeit ja sowieso wieder unterkommen würden, sondern eben für Menschen, die dort nicht zu vermitteln sind. Und meine Frage ist, wieso hat man den so hoch angesetzt? Hätte es

nicht ein bisschen darunter gereicht? Ja gut, man hätte eine Einschulungsphase vielleicht intensivieren müssen. Wäre dann nicht viel mehr Unterstützungspotential drinnen gewesen? Viel mehr Schulen hätten dort länger vielleicht nach einer kurzen Einschulungsphase dann doch jetzt bis Ende 2023 Unterstützung finden können. Weil jetzt herabzustufen, würde ja nichts mehr bringen, die Anmeldefrist ist ja schon abgelaufen.

StR Hohensinner:

Wir haben uns bewusst für diesen Weg entschieden. Ich glaube, dass wir sogar die einzige Stadt in der Steiermark sind. Ich weiß nicht, wer das noch in Anspruch genommen hat. Aber wir wollten einfach auch diese Leute, wenn der Gemeinderat auch nach dem Projekt die Zustimmung gibt, wir wollten die Leute behalten. Also, das war auch das Ziel. Ich sage noch einmal, das AMS hat einen Ansatz gehabt, dass man ein arbeitsmarktpolitisches Projekt etabliert. Damit die Leute wieder Struktur bekommen, damit die Leute sich dann woandershin bewerben können. Und unser Ziel, das sage ich ganz offen, war, dass wir den Schulen mit diesen Persönlichkeiten eine Unterstützung bereitstellen. Die andere Variante wäre gewesen, Frau Gemeinderätin, wir hätten uns gar nicht beteiligt bei dem Projekt. Aber wir wollten für beide Seiten eine Win-win-Situation herstellen. Die ist, glaube ich, gelungen und wenn man über die Budgetverhandlungen auch ein Budget bekommen, dann könnten wir vielleicht in Zukunft alle Schulen mit so einem Unterstützungspersonal ausstatten. Das ist mein Ziel.

**7.3 Frage 3: Doppelbudget 2022/23 muss Finanzmittel für Breitbandausbau bis 2030 sichern
(GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an StR Eber, KPÖ)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, lieber Zuschauer:innen zu Hause, liebe Vertreter und Vertreterinnen der Presse. Ich möchte den Fokus nun auf die Entwicklung beim Breitbandausbau in Graz legen und an den Herrn Finanzrat Eber folgende Frage stellen:

In der am 23. Juni 2022 stattfindenden Gemeinderatssitzung wird das Doppelbudget 2022/2023 beschlossen. Ein Budget, das darstellt, wofür die Stadtregierung heuer und das nächste Jahr schwerpunktmäßig ihr Geld ausgeben möchte und woher sie die Finanzmittel dafür holen möchte. Das Budget bildet aber auch Rat, welche Mittel die Stadt Graz für einen ihrer wichtigsten Kernbereiche, nämlich die Bereitstellung von Infrastruktur allgemein, als Budgetvorsorge reserviert hält, wobei der Begriff Infrastruktur nicht alleine für den öffentlichen Verkehr steht, sondern natürlich auch für Gesundheitsleistungen, Sozialleistungen, Bildungseinrichtungen oder eben auch den flächendeckenden Ausbau mit einer gigabitfähigen Netzinfrastruktur bis 2030. In allen Fällen wird die Stadt Graz gemäß der Agenda 2022 versuchen, nach Möglichkeit 20 % der Haus Graz-Investitionen dafür aus dem laufenden Cash-Flow zu finanzieren, also aus eigener Kraft. Und darum wird sich die Stadt Graz natürlich auch bemühen, alle verfügbaren Finanzmittel, z.B. jene aus dem Bereich Breitband-Förderschienen auf Europa-, Bundes- und Landesebene nach Graz zu holen. Um so natürlich auch den fremdfinanzierten Anteil so gering wie möglich zu halten, also Geld zu sparen. Alleine aus der Förderschiene „Breitband Austria 2030“ des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus können sich die Gemeinden in Österreich in den nächsten Jahren bis zu 1,4 Mrd. Euro abholen und so wird die Versorgung aller Grazer Unternehmen und Haushalte mit hochleistungsfähigen Netzen mit Fördergrenzen von bis mindestens 30 sogar 100 Mbit/s abgeschlossen sein soll. Ich stelle daher gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Eber, welche konkreten budgetrelevanten Geldmittel aus welchen konkreten Förderschienen bzw. aus welchen offenen Calls, bereits eingereicht oder mittelfristig einzureichen durch die „Holding Graz“ als Mobilfunknetzbetreiberin und deren 100 %-Tochter „Citycom“ als Bewirtschafterin des Netzes, stehen Ihnen als zuständiger Finanzstadtrat für die Finanzplanung 2022/23 für den flächendeckenden Breitbandausbau im gesamten Grazer Stadtgebiet zur Verfügung, um den Grazer Haushalt größtmöglich zu entlasten?

Originaltext der Frage:

In der für den 23. Juni 2022 anberaumten Gemeinderatssitzung ist das Doppelbudget 2022/23 zu beschließen. Ein Budget, das darstellt, wofür die Stadtregierung Finanzmittel ausgeben will und woher diese Finanzmittel kommen sollen und vor allem, wie sie die Kernaufgaben der Kommunalpolitik und des öffentlichen Haushaltswesens, nämlich die Bereitstellung von Infrastruktur, gleich ob im öffentlichen Verkehr, bei den Sozialleistungen, den Bildungsaufgaben usw. gewähren kann.

Das Doppelbudget 2022/23 hat die geerbte Schuldenlast von 1,6 Mrd. Euro zu stemmen, laufende Annuitätendarlehen zu bedienen und in jene Objekte zu investieren, die bereits beschlossen wurden. Dabei muss dieses Budget leider auch auf unbekannte Parameter vorbereiten, wie die weitere Entwicklung der von Preisstabilität, Inflation, Zinspolitik sowie die explodierenden Energie- und Rohstoffkosten. Nachdem, wie eingangs erwähnt, gerade die Bereitstellung von Infrastruktur die kommunale Kernaufgabe darstellt, muss das neue Budget auch die Finanzmittel abbilden, die es für den flächendeckenden Ausbau der Breitband-Infrastruktur bis 2030 braucht.

Hier wird die Stadt Graz gemäß der Agenda 2022-Beschlüsse versuchen, nach Möglichkeit 20 % der Haus Graz-Investitionen aus dem laufenden Cash-Flow, also aus eigener Kraft, zu finanzieren und sich bemühen, alle verfügbaren Finanzmittel aus

diversen Breitband-Förderschienen auf Europa-, Bundes- und Landesebene nach Graz zu holen, um so den fremdfinanzierten Anteil so gering wie möglich zu halten. Alleine aus der Förderschiene „Breitband Austria 2030“¹ des BMLRT können sich die Gemeinden in den nächsten Jahren bis zu 1,4 Mrd. Euro holen, damit es gelingt, die Fördergrenze von 30 auf 100 Mbit/s anzuheben und alle Unternehmen und Haushalte in ganz Graz, vor allem in den noch besonders förderwürdigen Zonen, mit einer gigabitfähigen Infrastruktur zu versorgen.

Da hochleistungsfähige Netze die Infrastruktur von morgen sind, stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Eber,

welche konkreten budgetrelevanten Geldmittel aus welchen konkreten Förderschienen bzw. aus welchen offenen Calls, bereits eingereicht oder mittelfristig durch die „Holding Graz“ als Mobilfunknetzbetreiberin und deren 100%-Tochter „Citycom“ als Bewirtschafterin des Netzes, stehen Ihnen als zuständiger Finanzstadtrat für die Finanzplanung 2022/23 für den flächendeckenden Breitbandausbau im gesamten Grazer Stadtgebiet bis 2030 zur Verfügung, um den Grazer Haushalt größtmöglich zu entlasten?

StR Eber:

Vielen Dank, liebe Frau Kollegin Reininghaus für die Frage. Es ist natürlich wichtiges Thema und natürlich hat gerade auch Corona, die Lockdowns, die Pandemie, gezeigt, dass mit dem Überhandnehmen, muss man fast sagen, von Homeoffice, dass wir da Schwachstellen haben in manchen Bereichen zumindest in unserer Stadt. Ich möchte grundsätzlich ein paar Bemerkungen vielleicht dazu machen. Mit der Citycom, von

¹ <https://info.bmlrt.gv.at/themen/telekommunikation-post/breitband/breitbandfoerderung/calls.html>

ihnen ja schon angesprochen, haben wir ein Unternehmen, das das Breitbandnetz in Graz erfolgreich bewirtschaftet, und jährlich investiert die Citycom rund 4 Mio. Euro in die Telekominfrastruktur unserer Stadt. Gezielt investiert wird vor allem in allen Bereichen und allen Standorten des Hauses Graz bei Gewerbekunden, als Privatkunden und auch als Vordienstleisterin für die privaten Anbieter, wie A1, Drei und Magenta. Leider müssen oder mussten wir feststellen, dass die Breitbandstrategie 2030 der Bundesregierung für die Stadt Graz nur unzureichende Fördermöglichkeiten bietet. Die Förderprogramme des Bundes richten sich in erster Linie an Gebiete im ländlichen Raum. Aber selbstverständlich nutzen wir als Stadt Graz weitere mögliche Förderungen aus, wenn auch nur im äußerst bescheidenen Ausmaß. Zwei Zahlen nur dazu: Es gibt das Connect-Programm 2020. Da konnte das ABI für die Schulausbauprogramme rund 52.000 Euro an Förderungen lukrieren. Die Connect 2030-Förderschiene wurde erst geöffnet und alle zu erschließenden Schul-, Hort- Kindergartenstandorte wurden dort als Projekte eingereicht. Eine Entscheidung, wie viel an Förderung wir da tatsächlich erhalten werden für welchen Standort ist noch nicht gefallen. Dann gibt es noch die AWS-Investitions-Prämien, also vom Austria Wirtschaftsservice. Dort konnte für die notwendige IT-Infrastruktur für das letzte Schulprojekt der ABI eine Förderung von rund 8.000 Euro erzielt werden in Summe. Also da in diesen beiden Bereichen sind es 60.000 Euro. Der flächendeckende Ausbau der Infrastruktur Breitband in der Stadt kann jedoch nicht allein, sondern nur mit Partnern und Partnerinnen erfolgen. In den letzten Wochen, Monaten zum Teil, hat es ausführliche Abstimmungsgespräche mit A1 und Magenta gegeben. Vonseiten der Stadt Graz wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Baudirektion, aber gemeinsam mit Stadtplanung und Straßenamt und eben auch das Citycom gegründet, die in enger Absprache mit A1 eine Strategie für den weiteren Ausbau in Graz beschließt. A1, der wichtigste Partner in dem Bereich, dann bin ich schon am Ende, hat in den Jahren 2021 rund 20 Mio. Euro investiert, speziell in den Gebieten auch Graz Mitte, Puntigam und Straßgang. In den Gesprächen hat uns A1 zugesichert, in den nächsten Jahren, in den nächsten drei bis vier Jahren, rund 50 bis 55 Mio. Euro in weitere Gebiete in Graz zu investieren. Danke.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ja, es gibt eine Zusatzfrage und zwar hätte ich gerne gewusst, ob Sie das ad hoc jetzt sagen können, Herr Finanzstadtrat Eber: Wieviel Geld von diesen 4 Mio. jährlich hat denn die Holding bereits ausgegeben? Können Sie das sagen?

StR Eber:

Kann ich ad hoc nicht sagen.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Das habe ich mir fast so gedacht. Macht auch nichts.

StR Eber:

Kann ich aber gerne nachreichen.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Bittesehr und was ganz wichtig ist, dass Sie als Finanzstadtrat ...

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Bitte, das ist jetzt schon die dritte Zusatzfrage.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Wichtig ist, dass Sie als Finanzstadtrat das Bekenntnis dafür quasi geben, das umzusetzen oder umsetzen zu wollen bis 2030 und insofern bin ich dann schon beruhigt, weil ich das ein bisschen herausgehört habe, was jetzt passieren wird. Es ist

ein Thema, es ist ein wichtiges Thema und es braucht Ihr Geld, Herr Finanzstadtrat, oder das der Grazer und Grazerinnen. Dankeschön.

**7.4 Frage 4: Breite und baldige Ausschreibung GrazMuseum
(KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg:innen, liebe Zuhörer:innen, Zuschauer:innen und vielleicht auch gleich vorweg, liebe Technik. Ich weiß es nicht, ob es an der Technik liegt oder an der Unruhe im Saal. Man versteht das Gesagte sowohl am Podium als auch die Antworten sehr schlecht. Vielleicht kann man da ein bisschen nachbessern. Es ist ein bisschen mühsam. Danke schon einmal vorweg. Danke generell für die gute technische Begleitung möchte ich an der Stelle sagen und jetzt beginne ich. Jetzt beginne ich mit meiner Frage, die ich sehr kurz halte, wenn mir das wahrscheinlich abgezogen wird. Herr Stadtrat Riegler, es gab in der Vergangenheit im Kulturbereich eigentlich eine sehr traurige Entwicklung in Graz. Wir hatten die Leitung vom Kunsthaus ausgeschrieben, die Intendanz vom steirischen herbst. Es gab in dem einen Fall zehn Bewerbungen, in dem anderen Fall nur acht. Das ist eigentlich eine sehr traurige Bilanz für eine Stadt, die ich durchaus als Kulturstadt wahrnehme, die aber absolut unüblich ist, wenn man sich das Bewerbungsvolumen in vergleichbaren Städten anschaut, wo besonders in sonst sehr prekären und eigentlich auch so von befristeten Dienstverhältnissen oder freiberuflichen Werkvertragsverhältnissen geprägten Bereich, die Zahl der Bewerbungen meist eigentlich eher im dreistelligen Bereich ist. Wir wissen jetzt, wir haben eine weitere wichtige Leitungsstelle bald wieder auszuschreiben. Der Leiter des Stadtmuseums, sein Dienstvertrag endet mit Ende des Jahres. Ein Grund, weshalb es in der Vergangenheit wenig Bewerbungen gab aus diesen beiden genannten Posten, ist der, dass sie sehr kurzfristig ausgeschrieben waren. Deswegen international auch sehr wenig kommuniziert werden konnten, weil

es gibt ja da Bewerbungsportale, die auch innerhalb der Kulturszene das weiterverbreiten. Da ist es zum Teil auch gar nicht angekommen bzw. aufgrund der Kurzfristigkeit ist es dann natürlich Leuten, die dafür nach Graz ziehen wollten, oft gar nicht interessant oder möglich, sich für solche Stellen zu bewerben, wenn dann ein Umzug und vielleicht auch noch die Familie irgendwie mitdran hängt. Deswegen meine

Frage

an Sie:

Wann wird die Stelle für die Leitung der Stadtmuseum Graz GmbH ausgeschrieben werden.

Originaltext der Frage:

Zehn Bewerbungen für eine Leitungsfunktion in einem Museum, acht Bewerbungen für eine Intendanz – im Kulturbereich ist absolut unüblich, was in Graz kürzlich geschehen ist. Während sich im prekären Kulturbereich die Zahl der Bewerber:innen auf gut bezahlte, unbefristete bzw. verlängerbare Stellen im dreistelligen Bereich bewegt, musste für die Leitung des durchaus renommierten Kunsthaus und die Intendanz des international bekannten steirischen herbst nur aus wenigen Bewerber:innen ausgewählt werden. Und auch wenn anders kolportiert – in der Presseaussendung sprach das Joanneum etwa von einer Bewerberin aus der Schweiz und meinte damit Katrin Bucher-Trantow, die seit 2003 am Kunsthaus ist – hielt sich das internationale Interesse an den Stellen in Grenzen. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Stellen sehr kurzfristig ausgeschrieben wurden und daher nicht in den auf den Kulturbereich spezialisierten Stellenportalen in Umlauf gerieten.

Bereits seit langer Zeit ist bekannt, dass in Graz mit Ende des Jahres 2022 eine weitere Leitungsfunktion nachbesetzt werden muss: Der Direktor der Stadtmuseum Graz GmbH geht in Pension. Stadtmuseen haben sich in den letzten Jahren zu einem der interessantesten museologischen Arbeitsfelder entwickelt und die innovativsten

Konzepte im Sammeln und Ausstellen hervorgebracht. Graz sollte da nicht hinten anstehen in Zukunft! Die Leitungsfunktion des GrazMuseums wäre daher eine Stelle, die auf dem internationalen Kulturstellen-Markt sicher sehr viele, sehr gute Leute ansprechen würde. Um Verbreitung zu finden, müsste sie jedoch möglichst bald ausgeschrieben werden.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage:

Wann wird die Stelle für die Leitung der Stadtmuseum Graz GmbH ausgeschrieben?

StR Dr. Riegler:

Genauso wie Sie, Frau Braunersreuther, eine traurige Entwicklung konstatieren, muss ich eine traurige Entwicklung hier in der demokratischen Kultur konstatieren. Sie haben heute wieder ein Beispiel geliefert, in dem Sie willkürlich, ohne das irgendwie vorher anzukündigen, ein sinnvolles Stück, nämlich jenes von Kollegen Hohensinner, einfach so mir nichts dir nichts abgesetzt haben. Sie haben das schon einmal gemacht. Sie wollen offenbar jetzt mit harter Hand gegen uns anregieren und uns keinen Punkt lassen. Sie haben heute auch mit der Tennenmälzerei ein weiteres Foul begangen. Wir werden noch darauf zu sprechen kommen, indem Sie durch den Stadtsenat irgendeine Kostenaufstellung durchpeitschen wollen, ohne das auch nur im Entferntesten der Planungs- oder der Kulturausschuss dazu eingeladen werden, hier mitzuwirken. Das ist eigentlich eine traurige Entwicklung.

In der Kulturpolitik sehe ich eigentlich eine sehr befremdliche Entwicklung ebenfalls von Ihrer Seite. Sie schreiben nämlich, ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, Sie schreiben nämlich in Ihrer Anfrage, der Direktor des Stadtmuseums ginge in Pension. Also, ich weiß nicht, ob Sie mit ihm gesprochen haben, ob er es Ihnen gesagt hat, ob er in Pension gehen wolle. Tatsache ist, dass Otto Hochreiter derzeit Geschäftsführer der

Stadtmuseum Graz GmbH ist. Und jetzt kommt das Beste: Am Freitag vergangener Woche habe ich mit Kollegen Eber, mit Ihrer Chefin, der Frau Bürgermeisterin, lange, mindestens zehn Minuten, genau über dieses Thema nach dem Stadtsenat gesprochen. Wir sind übereingekommen, dass wir selbstverständlich jetzt raschestmöglich eine Ausschreibung vorbereiten werden und wir sind darüber übereingekommen, dass ich auch Kriterien benennen kann. Ich hoffe, Sie fahren auch nicht da wieder drüber über uns, wie Sie das jetzt schon mehrfach getan haben und auch heute bei der Tennenmälzerei tun werden. Nämlich, dass offensichtlich der zuständige Stadtsenatsreferent gar nicht gefragt wird oder gar nicht einbezogen wird. Ich arbeite derzeit, um die Frage zu beantworten, an den Ausschreibungskriterien, an den Voraussetzungen, die Bewerber, die Bewerberinnen erfüllen sollen und es ist mit der Frau Bürgermeisterin und dem Herrn Finanz-, Personal-, Beteiligungs-, Bau-, Feuerwehrstadtrat, Stadtrat für alles, Herrn Eber, besprochen, dass wir selbstverständlich in Kürze eine Ausschreibung starten werden.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Ja, es gibt eine Zusatzfrage, die sich auch auf dieses Thema beschränkt. Über andere Themen werden wir erst später sprechen. Wenn das falsch rübergekommen ist, dann möchte ich mich entschuldigen. Ich bin nicht die, die Herrn Hochreiter in Pension schicken will. Es gab allerdings in der Vergangenheit ein Stück, in dem beschlossen wurde, dass Herr Hochreiter bis zu seiner Pensionierung verlängert wurde, ohne Ausschreibung und auf das beziehe ich mich auch in meinem Text. Herr Hochreiter ist tatsächlich auch in einem Alter, in dem andere in Pension gehen. Er ist 68 Jahre (*lacht*), das kann man hier, glaube ich, verraten. Also, ohne eben da etwas zu empfehlen zu wollen oder irgendwie diskriminierend wirken zu wollen, es gäbe sicher eben auch andere interessante Persönlichkeiten, die mit eben innovativen Ansätzen oder anderen innovativen Ansätzen an so ein Amt herangehen könnten. Sie haben jetzt medial ausgerichtet, dass Sie sich freuen würden, wenn er sich wieder bewirbt. Das ist auch ein Grund. So eine Ankündigung wie diese, war, wie wir alle wissen, beim steirischen

herbst ein Grund, weshalb sich wenig Leute beworben haben, weil politisch kommuniziert wurde, dass quasi eine Verlängerung ohnehin schon fix ist. Wir wissen deswegen, dass vielleicht in der Kulturszene diese Ausschreibung nicht mehr als neutral verstanden werden wird und es viele vielleicht davon abhalten wird, sich zu bewerben. Deswegen meine Zusatzfrage: Sind Sie bereit, ein externes Expert:innengremium für die Ausschreibung hinzuzuziehen?

StR Dr. Riegler:

Also, sehr geehrte Damen und Herrn, auch zu Hause. Wenn Sie ein Beispiel für Altersdiskriminierung einmal live erleben möchten in einer öffentlichen Diskussion, dann haben sie es soeben erlebt (*Appl.*). Die Frau Braunersreuther verweist in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung auf das Alter des Geschäftsführers und möglichen Bewerbers und spricht ihm jetzt schon die Fähigkeit ab, da noch weiterzumachen. Bravo, das ist tatsächlich eine Art und Weise, wie Sie denken, die ihm höchsten Maße bedenklich ist und gut, dass die Menschen das da draußen hören. Ich möchte schon etwas dazusagen: Otto Hochreiter ist nicht nur Vorstandsmitglied bei Icom Österreich. Das ist der Verband der österreichischen Museen. Er ist anerkannter Museumsexperte. Er ist Kurator, Chefkurator des GrazMuseums seit 2005. Er hat mit dem GrazMuseum Schloßberg ein bedeutendes Konzept entwickelt, das auch den Landesarchitekturpreis des Landes Steiermark erworben hat. Er hat zahlreiche preisgekrönte Ausstellungen kuratiert und verantwortet. Also, ich möchte wirklich in aller Deutlichkeit sagen, ja, wenn ich als Kulturreferent, der ich zuständig bin, für das GrazMuseum, wenn ich über jemanden positiv ein Urteil darüber abgeben möchte, dass der eine gute Arbeit geleistet hat und dass ich mir wünschen würde, dass diese Zusammenarbeit weitergeht, dann bereits zu sagen, ich würde sozusagen, die Ausschreibung konterkarieren, ist ganz übel. Also, ich möchte noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, Otto Hochreiter ist ein hervorragender Bewerber. Ob er sich bewirbt, werden wir sehen. Die Ausschreibung wird mit Sicherheit in Abstimmung,

wenn ich gefragt werde, gemeinsam mit dem Beteiligungsreferenten Eber nach objektiven Kriterien erfolgen.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther: (zur Geschäftsordnung)**

Zur Geschäftsordnung zu sagen, dass ich, wie ich das vorher auch betont habe, in keinsten Weise diskreditierend über das bisherige Wirken von Herrn Hochreiter gesprochen habe. Im Gegenteil. Er hat sehr innovative Konzepte umgesetzt. Ich habe deswegen von anderen innovativen Konzepten gesprochen, die andere Leute vielleicht liefern könnten. Ihn auch in keinsten Weise irgendwie diskriminiert. Auch nicht altersdiskriminiert. Ich spreche ihm die Fähigkeit nicht ab. Das möchte ich auf diesem Weg betonen und möchte nur sagen, dass eigentlich meine Zusatzfrage nicht beantwortet worden ist nach dem externen Expert:innengremium.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Letzte Bemerkung war nicht zur Geschäftsordnung, aber jetzt gebe ich den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin, weil die nächste Frage an mich gerichtet ist.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.06 Uhr).

7.5 Frage 5: Grünes Mentoringprogramm – Girls do Politics (GRⁱⁿ Hopper, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GRⁱⁿ **Hopper:**

Vielen lieben Dank, geschätzte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf meine Frage an unsere Frau Bürgermeisterin richten.

Wie vielleicht den allermeisten hier bekannt ist, gibt es europaweit, nicht nur im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich, sondern auf sehr vielen Ebenen Mentoring-Programme, die das Ziel haben, und das ist gut so, Frauen in Entscheidungsgremien im Regelfall noch Moment ganz kurz, muss das Mikro kurz einrichten, jetzt verstehe ich, was Sie gemeint haben, Frau Klubobfrau vorhin.

Es gibt verschiedene Mentoring-Programme. Es gibt sie im wirtschaftlichem Bereich, es gibt sie aber auch sehr intensiv in unserem politischen Bereich und darüber möchte ich heute sprechen. Zum Glück zielen sehr viele darauf ab, mehr Frauen in die Politik zu bringen, vor allem in politische Entscheidungsgremien, da Frauen im Regelfall noch immer unterrepräsentiert sind. Es gibt sie auf den verschiedensten Ebenen, die ich bereits angesprochen habe und ich glaube, dass es ganz besonders wichtig ist, auch die kommunalpolitische Ebene hier mitzudenken. Es ist wichtig, Frauen dafür zu gewinnen und deswegen ist es auch gut, dass ganz viele Programme in dieser Art und Weise auch von der öffentlichen Hand finanziert werden und nicht ausschließlich von parteipolitischen Organisationen. Denn bei diesen Programmen wird auf Überparteilichkeit, sofern sie von der städtischen Hand finanziert sind, wird peinlich genau geachtet und es ist auch selbstverständlich, dass, wenn die städtische Hand hier investiert beispielsweise, dass Vertreter:innen von allen politischen Fraktionen mit dabei sind. Ganz anders verhält sich das natürlich bei entsprechenden parteiinternen Mentoringprogrammen, weil hier finden sich natürlich dann Politikerinnen und Politiker aus der jeweiligen Fraktion als Mentorinnen und Mentoren wieder. Es ist deswegen eigentlich etwas verwunderlich und deswegen freue ich mich, dass ich heute die Frage stellen darf, was wir in den letzten Wochen beobachtet haben. Solche Programme im Partei Umfeld, also wenn eine Partei sie organisiert, dienen dazu, dass man jungen interessierten Menschen natürlich in der Partei entweder die Möglichkeit gibt, einen Einblick zu bekommen oder sie auch für die Mitarbeit zu gewinnen. Und sie dienen dann, kann man auch ein bisschen sagen, und das traue ich mich da auch zu sagen in meiner Funktion dazu, diese Leute für länger beizubehalten und ein bisschen mitzunehmen und auch in den politischen Gremien zu stärken. Es gibt also welche, die von der städtischen Hand sind. Es gibt welche, die von Parteien organisiert sind, und

wir haben in den vergangenen Tagen und Wochen bei uns in Graz einen sehr skurrilen Fall von einem solchen Hybrides eigentlich festgestellt, wo beide Fälle auftreten. Hier wird völlig ungeniert und wurde völlig ungeniert grüne Parteipolitik mit Frauenpolitik bei uns in Graz vermischt und vermengt und auf der offiziellen Homepage der Stadt Graz wurde das grüne Partierecruiting-Programm samt personellem Personalitymarketing von unserer Vizebürgermeisterin, vielen anderen Mandatar:innen, ich glaube, steirische Mandatar:innen waren es auch, veröffentlicht, genauso wie eine Direktverlinkung auf die Parteiseite und auch, ich kann mich nicht erinnern, dass ich bei den Fotos, die heute bei der Veranstaltung veröffentlicht wurden, irgendein städtisches Logo auch gesehen hätte. Aber jedenfalls ist das der Fall gewesen, ich glaube, wir haben es eh aus den Medien entnommen. Man kann sich eigentlich deshalb aus meiner Sicht nur der Einschätzung der Kleinen Zeitung anschließen, wonach man vielleicht in den Lehrplan dieses Mentor:innenprogrammes oder auch eines ihrer Fraktion, Frau Bürgermeisterin, zukünftig auch Workshops über politische Ethik und Reinheitsgebote in politischen Gremien aufnehmen sollte. Und nachdem die beiden betroffenen Abteilungen, nämlich das Frauenreferat und die Abteilung für Kommunikation, durch diesen grünen Marketinggag, würde ich es behaupten, direkt in den Geruch der politischen Vereinnahmung durch die grüne Fraktion gekommen sind, darf ich Ihnen die

Frage

stellen, weil Sie ja auch dafür zuständig sind: In welchem Zusammenhang steht das Referat für Frauen und Gleichstellung und das Referat für Öffentlichkeitsarbeit mit dieser Aktion bzw. in welcher Form waren die beiden Referate in das grüne Projekt „Girls do Politics“ involviert? Vielen Dank.

Originaltext der Frage:

Europaweit gibt es immer wieder Mentoring-Programme mit dem Ziel, Frauen, die in politischen Entscheidungsgremien im Regelfall noch immer unterrepräsentiert sind, für politische und speziell kommunalpolitische Arbeit zu gewinnen. Politisches Mentoring ist eine anerkannte Methode zur Generierung politischen Nachwuchses und wird meist von den betreffenden Stellen und Ämtern geleitet. Auf Überparteilichkeit wird bei diesen Programmen stets peinlich genau geachtet und selbstverständlich finden sich bei diesen städtisch oder auf Landesebene beworbenen Programmen stets Mentorinnen aus allen in den jeweiligen Gremien vertretenen Fraktionen. Anders verhält es sich klarerweise bei entsprechenden parteiinternen Mentor:innenprogrammen, hier finden sich selbstverständlich ausschließlich Politikerinnen aus den betreffenden Parteien. Solche Programme dienen dann auch hauptsächlich der Weiterbildung junger Menschen, die bereits in den politischen Jugendorganisationen aktiv bzw. an Mitarbeit interessiert sind.

In Graz ist nun der bislang unbekannte Fall des Hybrides aus diesen beiden Fällen aufgetreten. Hier wird nämlich völlig ungeniert grüne Partei- mit städtischer Frauenpolitik vermengt. Auf der offiziellen Homepage der Stadt Graz wurde nun das grüne Partairecruiting-Programm samt Personalitymarketing der Vizebürgermeisterin, Grüner Gemeinderätinnen und sogar der Landesparteichefin und einer Direktverlinkung auf die Grüne Homepage gestellt. Man kann sich eigentlich nur der Einschätzung der Kleinen Zeitung anschließen, wonach man in den „Lehrplan“ des Mentoringprogramms auch Workshops über politische Ethik und Reinheitsgebote in der Politik aufnehmen sollte.

Nachdem die beiden betroffenen Abteilungen, nämlich das Frauenreferat und die Abteilung für Kommunikation durch diesen grünen Marketinggag direkt in den Geruch der politischen Vereinnahmungen durch die Grünen gebracht wurden und diese der Bürgermeisterin unterstellt sind, darf ich folgende Frage an Sie Frau Bürgermeisterin stellen:

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgende

Frage:

In welchem Zusammenhang steht das Referat für Frauen und Gleichstellung und das Referat für Öffentlichkeitsarbeit mit dieser Aktion bzw. in welcher Form waren die beiden Referate in das grüne Projekt „Girls do Politics“ involviert?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Anna Hopper. Danke für die Anfrage, die ist eh wichtig, damit überhaupt die Öffentlichkeit erfährt, dass es so etwas gibt bei der Stadt Graz. Aber im muss ganz deutlich am Beginn gleich anmerken, dass weder das Frauenreferat noch das Referat für Öffentlichkeitsarbeit in dieses Projekt „Girls do Politics“ involviert waren. Dass die Webseite der Stadt Graz so aufmerksam studiert wird, ist grundsätzlich erfreulich. Als zuständige Bürgermeisterin freut mich das natürlich, aber in diesem Fall, und das ist natürlich auch völlig richtig, liegt der Veröffentlichung ein Fehler zugrunde und dieser Beitrag hätte natürlich nicht veröffentlicht werden sollen. Die Beteiligten haben, als sie sich ihres Irrtums bewusst wurden, ihn auch nach drei Tagen sofort gelöscht und auch bedauert, ihn dort veröffentlicht zu haben und damit ist das auch völlig zuzusagen auch auf diesem Wege korrekt wieder beendet worden. Generell muss ich darauf vertrauen können, dass alle Mitarbeiter:innen in der Stadt Graz und im Haus all jene, die eine Zugangsberechtigung haben oder Zugangsrechte zur Webseite, dort natürlich nur Beiträge veröffentlichen, die dort auch hingehören.

GRⁱⁿ Hopper:

Zusatzfrage. Vielen Dank. Liebe Frau Bürgermeisterin, vielen Dank für die Beantwortung, und es ist schon gut zu wissen, dass die Sensibilität für die Unterscheidung hier anscheinend schon zumindest angekommen ist und auch die Thematisierung davon auch schon passiert ist. Ich habe dennoch ein paar Aspekte, die

mir sehr wichtig sind, weil seit Ihrer Angelobung und seit Ihrem Amtsantritt haben Sie gemeinsam mit Ihrer Koalition eigentlich einen neuen Stil versprochen und dazu gehört leider, und das beobachten wir jetzt einfach vermehrt auch, dass Amt und Partei einfach nicht immer so genau getrennt werden, wie das vielleicht auch in der Kleinen Zeitung thematisiert wurde. Sie fließen so immer wieder ineinander und ein paar Aspekte und Momente möchte ich in diesem Zusammenhang hier auch erwähnen. Ich darf in diesem Zusammenhang an den Besuch des kommunistischen Bürgermeisters der Kleinstadt Tunceli erinnern, mit dem Sie im Bürgermeister:innenamt über das ...
bitte ...

*Zwischenruf StR Mag. **Krotzer**: Das ist keine Kleinstadt.*

GRⁱⁿ Hopper:

Danke für die Ausbesserung, dann nennen wir es eine Stadt. Das ist überhaupt kein Problem. Dann ist es natürlich der kommunistische Bürgermeister einer Stadt, mit dem Frau Bürgermeisterin im Bürgermeister:innenamt über kommunistische Inseln des Widerstandes sprach und als offizielles Gastgeschenk der Stadt den Bildband über die Geschichte der steirischen kommunistischen Partei überreichte. Ich darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass die Frau Bürgermeisterin wiederholt offizielle Termine in der Funktion der Bürgermeisterin in den Räumlichkeiten der kommunistischen Partei abhält. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern und das wurde auch thematisiert, dass Sie sogar Schüler:innen, die Sie als Bürgermeisterin im Bürgermeisterinamt besuchen, mit ins Volkshaus zu verschiedenen Veranstaltungen, in dem Fall war es, glaube ich, ein Flohmarkt, einladen. Und ich darf auch daran erinnern, dass Sie bei offiziellen Terminen, wenn Sie beispielsweise Sportvereine empfangen, meiner Recherche zufolge zuletzt, einer der sich dem Tischfußball widmet, T-Shirts mit Ihrem Parteilogo tragen. Und ich darf abschließend

auch jetzt gleich zu dieser Antwortmeldung kommen, mit der Sie begonnen haben, die auch in diesem Zusammenhang passt. Sie haben gesagt, es ist toll, dass es alle wissen, dass es so etwas in der Stadt gibt. Da gehört eine Unterscheidung ganz klar rein. Da Sie also objektiv gesehen, und das wurde jetzt schon des Öfteren thematisiert, damit Schwierigkeiten haben zu scheinen, Amt und Partei, so wie es angebracht ist, zu trennen, darf ich Sie im Sinne irgendwo der Stadtfrage auch fragen, ob Sie sich vorstellen können, gemeinsam mit Ihren Koalitionspartnern in der Stadtregierung auch einmal herzugehen und vielleicht einen Workshop bei Herrn Magistratsdirektor zu besuchen, der, und da bin ich mir ganz sicher, sehr genau darüber Auskunft geben kann, wie Partei und Amt tatsächlich auch zu trennen ist. Ich bitte um Ihre Antwort.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke für die Zusatzfrage. Ich habe in meiner ganzen Funktion seit 2005 als Stadträtin und selbstverständlich auch in der Rolle niemals Dinge vermengt. Erstens glaube ich nicht, dass es überhaupt in der Geschichte solche Zugangsberechtigungen zur Website gibt und zur Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit; nicht einmal in meinem Büro, Frau Gemeinderätin Anna Hopper, hat mein Kollege und Öffentlichkeitsarbeiter, Georg Fuchs, damit Sie das auch wissen, wer das ist, Zugangsrechte zur Website. Warum? Genau darum, damit es eben nicht den Eindruck geschweige denn dass wir jemals gemacht hätten, da irgendwer reininterpretieren kann. Das ist völlig frei. Wir haben Partei ist Partei und die Aufgaben als Bürgermeisterin und in der öffentlichen Funktion werden selbstverständlich immer getrennt und wenn es ein großes Interesse und das gibt es, das ist ja gar nicht so, dass das immer lustig ist, weil oft sehr prompt Wünsche von Botschaftern, von Bürgermeister:innen, Bürgermeister-Stellvertreter:innen quer durch alle Couleurs kommen. Es war jetzt erst vor kurzem die Vizebürgermeisterin aus Nizza, die innerhalb von einem Tag auf den anderen einen Besuch im Bürgermeisteramt erwünscht hat und ich versuche da im Namen der Stadtregierung und in Ihrem Namen immer eine gute Gastgeberin zu sein und frage in erster Linie sie überhaupt nicht, von welcher Partei sie kommt. Weil natürlich gehört auch diese Frau

und Vizebürgermeisterin, die übrigens eine großartige Dame ist, auch einer Partei an. Aber, die steht da nicht im Vordergrund. Es stehen unsere Errungenschaften, unsere Leistungen, unsere schöne Stadt im Vordergrund und das versuche ich da immer bestmöglich zu vermitteln und das wird auch gerne angenommen und vielleicht ist auch dieses Interesse deshalb so groß.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13.17 Uhr).

**7.6 Frage 6: Radabstellplätze bei städtischen Bildungseinrichtungen
(GR Mag. Dr. Kozina, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht eine kurze Vorbemerkung. Mir geht es irgendwie gegen den Strich oder ich habe das ein bisschen satt das, was viele Leute auch satthaben, dieses Anpatzen, dieses Fehlersuchen. Das ist, warum ich oft bei Gemeinderatssitzungen nicht lange zugeschaut habe, wo ich noch nicht da war.

Ich möchte einfach konstruktiv hier arbeiten, deswegen bin ich Gemeinderat worden und mein Hauptanliegen ist, wie Sie oder ihr wisst, gilt dem Verkehr und da besonders eben auch dem Radfahren. Das hat viele Vorteile, wie wir wissen, für die Stadt, für jede und jeden Einzelnen und natürlich auch für Umwelt und Klima. Wir haben deswegen das letzte Mal den Masterplan Radoffensive hier beschlossen. Da geht es um den Ausbau der Radinfrastruktur und da geht es natürlich auch um Bildungseinrichtungen, die wir da besonders im Fokus haben. Egal, ob es die Universitäten sind oder die Schulen, die sollen einen guten Anschluss an das Radnetz bekommen. Es wird auch die Aktion „Ein Fahrrad für jedes Kind“ geben und da sollen die Kinder und Jugendlichen auch wirklich gute qualitativ hochwertige Fahrräder bekommen. Aber natürlich brauchen die auch entsprechende Abstellplätze, Abstellmöglichkeiten. Die sollen gut

zugänglich sein. Die sollen sicher sein. Also, dass man die Räder auch wirklich gut abstellen kann, und das betrifft natürlich dann eben die städtischen Bildungseinrichtungen, speziell für Kinder ab zehn Jahren, aber auch andere Schulen und Kindergärten etc. Da geht es auch um das Lehrpersonal, gegebenenfalls Besucher, also da sind Radabstellplätze immer notwendig. Daher darf ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs den zuständigen Bildungsstadtrat, Herrn Kurt Hohensinner, die

Frage

stellen, wie viele Radabstellplätze sind derzeit auf dem jeweiligen Areal der städtischen Kindergärten und Kinderkrippen sowie Pflichtschulen, pro Bildungseinrichtung, in welcher Qualität auch überdacht oder nicht überdacht vorhanden.

Originaltext der Frage:

Die Vorteile des Radfahrens für die Stadt und für jeden einzelnen Menschen sind bekannt. Wir haben daher im März den Masterplan zur Radoffensive beschlossen. Jetzt wird die Radinfrastruktur in Graz flächendeckend ausgebaut – unter besonderer Berücksichtigung aller Bildungseinrichtungen. In nächster Zeit ist die Aktion „Ein Fahrrad für jedes Kind“ geplant, damit alle Kinder und Jugendlichen auch gute Fahrräder zur Verfügung haben.

Dafür benötigen sie aber auch Abstellplätze, an denen sie ihr Fahrrad bequem und sicher absperren können. Das betrifft vor allem die städtischen Bildungseinrichtungen für Kinder ab 10 Jahren, aber auch alle anderen Schulen, Kindergärten etc., in denen die Mitarbeiter:innen mit gutem Beispiel vorangehen können.

Ich stelle daher namens des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie als für die städtischen Bildungseinrichtungen zuständigen Stadtrat folgende

Frage:

Wie viele Radabstellplätze sind derzeit auf dem jeweiligen Areal der städtischen Kindergärten und Kinderkrippen sowie Pflichtschulen (pro Bildungseinrichtung) in welcher Qualität (überdacht/nicht überdacht) vorhanden?

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Fragen im Zuge der Gemeinderatssitzungen sind wichtig. Sie geben Aufschluss über unsere Arbeit in den Regierungsbüros, aber vor allem auch über die Arbeit der zuständigen Abteilungen. Die Fragen sollten aber auch immer so gestellt sein, dass man den Arbeitsaufwand innerhalb von zwei Tagen auch abwickeln kann. Jetzt möchte ich erwähnen, dass wir 59 Pflichtschulen haben, 19 Horte, 44 Kindergärten und 17 Kinderkrippen und bitte um Verständnis, eine ganz genaue Abfrage ist in dieser Zeit nicht möglich. Aber ich kann ihnen eine grobe Übersicht geben. Wir haben in den Schulen an die 900 Stellplätze, davon sind 300 überdacht, und Sie haben auch gesprochen davon, dass es gerade bei den Zehnjährigen wichtig ist, also in den Mittelschulen. Wir haben 17 Mittelschulen, davon haben wir bei 16 Mittelschulen Stellplätze.

Ich würde die Frau Bürgermeisterin bitten, ganz kurz das zu unterbrechen, weil...Dankeschön.

Also 17 Mittelschulen und bei 16 Mittelschulen haben wir Stellplätze, bei einer nicht. Das ist die Mittelschule Ferdinandeum. Da ist es einfach nicht möglich aufgrund der Innenstadtlage. Da könnte aber natürlich die Stadtplanung auch nachbessern. Da könnten wir, glaube ich, auch noch was in Zukunft einrichten. Bei den Volksschulen haben wir 38 städtische Volksschulen, wovon bei 33 Volksschulen Stellplätze vorhanden sind, bei fünf nicht. Es sind vor allem Volksschulen auch im innerstädtischen Bereich bei der PTS und bei den Sonderschulen, da haben wir Stellplätze, da sind drei Schulen insgesamt. Bei den neuen Schulen, da ist es mir wichtig, dass wir genügend Stellplätze vorsehen überdacht, aber nicht nur für Fahrräder, sondern auch für Roller,

die immer beliebter werden. Also da haben wir auch Vorsorge getroffen und bei den Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen da bitte einfach um Verständnis. Da haben wir so viele verschiedene, dass wir hier die Quadratmeter überdacht oder nicht, das haben wir in dieser Zeit nicht zusammengebracht. Aber überall dort, wo das Personal das auch gerne hätte, richten wir das ein. Da geht es auch um die Vorbildwirkung. Ich glaube, das führen Sie auch in Ihrem Motivenbericht der Frage aus. Von dem hier sind wir da wirklich gut aufgestellt und ich bin natürlich auch gerne bereit das ständig auszubauen. Ich fahre ja selbst gerne Fahrrad.

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Danke einmal für die Ausführungen. Es ist verständlich, dass das jetzt nicht alles so schnell erhoben wird und es sind ja doch schon viele Zahlen, die vorhanden sind. Um was es mir geht natürlich, dass man da wirklich auch hinschaut vielleicht in Zukunft und das monitort, das einfach klar ist, ok, es sind überall genügend Abstellplätze in ausreichender Qualität vorhanden. Und insofern wäre auch meine Zusatzfrage, also welche Schritte sind da geplant, eben auch vielleicht dann dort, wo es notwendig ist, die Radabstellplätze auszubauen?

StR **Hohensinner**:

Also ich bin sehr gerne bereit. Es braucht drei Punkte, um hier die Radabstellplätze auszubauen. Es braucht mehr Budget. Es braucht die Verkehrsplanung und die Stadtplanung. Für das Budget ist der Finanzstadtrat zuständig und für die Stadt- und Verkehrsplanung ist die Frau Vizebürgermeisterin zuständig. Wenn sie mich bei diesem Anliegen unterstützen, dann werden wir schon etwas zusammenbringen.

**7.7 Frage 7: Nachnutzung Park-&-Ride-Anlage Fölling
(GR Günter Wagner, FPÖ an StR Eber, KPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Werte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Eber. Seit 2010, da haben wir es stehen, die schöne Park-&-Ride-Anlage Graz-Fölling, sozusagen Denkmal grüner Verkehrspolitik. Ich glaube, inzwischen ist uns allen klar, dass die Park-&-Ride-Anlage in dieser Art und Weise ein Fehler war. Gilt sie doch als eines der unbenütztsten Gebäude der Stadt Graz. Zu den 2,7 Mio. Euro Baukosten sind noch einmal 1,5 Mio. Euro für den Shuttlebus dazugekommen, welcher 2013 eingestellt wurde und seitdem belastet uns dieses Parkhaus natürlich und die Ideen sind da ausgeblieben. Im Verwaltungsausschuss des GPS das letzte Mal hat es eine Nachfrage gegeben und daraufhin eine vage Aussage Ihrerseits. Da ist es um einen teilweisen Rückbau auch der Park-&-Ride-Anlage gegangen und genau deshalb ergeht folgende

Frage:

Welche Pläne gibt es konkret zur Nachnutzung dieser Park-&-Ride-Anlage?

Originaltext der Frage:

Bereits seit dem Jahr 2010 gibt es die Park-&-Ride-Anlage Fölling als Denkmal für Grüne Verkehrspolitik.

Inzwischen ist jedem klar, dass dieses Projekt ein Fehler war. Gilt es doch als eines der ungenütztsten Gebäude der Stadt.

Zu den 2,7 Mio. Euro an Baukosten kamen weitere rund 1,5 Mio. Euro für den Shuttle-Bus, welcher 2013 gestoppt wurde, hinzu.

Bei der Sitzung des Verwaltungsausschusses des GPS am 5. April 2022 haben Sie aufgrund einer Nachfrage eine vage Aussage zur geplanten Nachnutzung der Park-&-Ride-Anlage Fölling getätigt. Von einem teilweisen Rückbau war die Rede.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche Pläne gibt es für die Nachnutzung der Park-&-Ride-Anlage Fölling?

StR Eber:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner, für diese Frage. Park & Ride Fölling beschäftigt uns ja wirklich schon seit Anbeginn, also seit Bestehen 2010, wie Sie richtig gesagt haben. Tatsache ist, dass das ein Projekt gewesen ist, wo man jetzt, so wie ich höre, zumindest eine Busverbindung haben, die einigermaßen funktionieren würde. Dennoch ist es so, dass die Auslastung dieser Park-&-Anlage bei 25 PKW durchschnittlich pro Tag liegt. Das heißt, diese Anlage ist mit 12,5 % im Durchschnitt ausgelastet. Also das heißt, das ist natürlich keine sehr erfreuliche oder überhaupt keine Erfolgsgeschichte, wenn man so sagen will (*lacht*), sondern im Gegenteil. Wir haben bei welcher Nachnutzung wird das sozusagen immer kommen, ob wir das abreißen oder wir eine andere Nutzung dafür vorsehen oder teilweise zurückbauen. Wir haben immer das Problem jedenfalls dabei, dass wir vertraglich mit dem Land Steiermark in Verbindung sind und es heißt, auch dort braucht es Gespräche, wie wir da vielleicht gemeinsam auch Hand in Hand arbeiten können. Würden wir das jetzt einseitig einfach rückbauen, sage ich einmal, wären Förderungen in Höhe von rund 700.000 Euro nach derzeitigem Stand zurückzuzahlen und das wollen wir natürlich auch nicht unbedingt machen. Konkret zu den Plänen, wie Sie gesagt haben. Sagen wir einmal so: Wir sind konkret in Gesprächen, auch mit Wohnen Graz, die Interesse hätten, auf dem dahinterliegenden

Areal auf dem Grundstück dort unter Umständen Gemeindewohnungen zu errichten. Wir könnten uns vorstellen, dass wir da einen Teil des Parkhauses tatsächlich eben zurückbauen. Den verbleibenden Teil einerseits eventuell weiter als Park & Ride Anlage zu nutzen, andererseits aber auch für die Bewohner und Bewohnerinnen, die dann dort hinziehen werden, sozusagen als Anwohnergarage zu nutzen. Wohnen Graz ist dem Vorschlag nicht gänzlich abgeneigt. Die prüfen das jetzt natürlich auch einmal aus ihrer Sicht, wie der Bedarf ist, wie die Möglichkeiten, wie die Förderungen für sie dort zustandekommen könnten und wir werden hoffentlich, oder ich sage einmal zumindest in dieser Periode, uns da sicher noch einmal unterhalten werden können, wenn die Pläne zumindest weiter vorangeschritten sind.

GR Günter **Wagner**:

Ich sage einmal herzlichen Dank für die ausführliche Antwort. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass es eine Lösung gibt. In welcher Art auch immer sie dann ganz genau aussehen wird, steht aber in einem anderen Buch geschrieben, gar keine Frage. Meine Zusatzfrage wäre noch, hat es bereits Gespräche mit dem Land Steiermark gegeben oder gibt es einen Termin bereits, um dann einmal zu evaluieren, welche Kosten dann erst wirklich auf uns zukommen, wenn wir das rückbauen?

StR **Eber**:

Also, wie gesagt, derzeit prüft einmal Wohnen Graz, ob das für sie überhaupt in Frage kommt. Also, wir wollen dann schon mit klaren Zielen, klaren Vorstellungen auch das Gespräch mit dem Land suchen. Also konkret, wir haben noch keinen Termin.

**7.8 Frage 8: Konsequenzen nach Bebauungsplan-Misere
(GR Mag. Pointner, Neos an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner Grüne)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, löblicher Stadtsenat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen in den Medien, liebe Medienvertreter. Meine Frage betrifft die Konsequenzen um die Bebauungsplanmisere. Es geht, wie allseits bekannt, darum, dass 18 Monate die Frist ist, in der ein Bebauungsplan Graz zu erstellen ist laut Gesetz. Ist per Verfassungsgericht unterstrichen worden. Eine Tageszeitung hat auch in den vergangenen Wochen enthüllt, dass die Nichteinhaltung dieser Frist für die Stadt weitreichende, sogar teure Konsequenzen nachziehen könnte. Haftungsfragen, vielleicht sogar Amtshaftung. In diesem Fall treffen jetzt mehrere Probleme natürlich aufeinander. Graz ist Zuzugsmagnet und preiswertes Wohnen ist auch ein großes Anliegen naturgemäß. Aber das kann wiederum nur durch ein gutes Angebot am Wohnungsmarkt befriedigt werden. Und die überschießende Flächenversiegelung ist natürlich auch zu beachten. Lebensqualität muss sich mittels innovativer Planung verbessern und die Stadt in die Zukunft blicken können. Das heißt, es war nie wichtiger, der Stadtbaudirektion auch ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dass sie das tun kann und rasch arbeiten kann bzw. diese auch durch Auslagerung einzelner Projekte zu entlasten und daher stelle ich meine

Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, welche konkreten Maßnahmen planen Sie als verantwortliches Stadtsenatsmitglied, damit Graz dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes nachkommt und zukünftig die Bebauungsplanung innerhalb der gesetzlichen Frist von 18 Monaten nicht länger regelmäßig überschreitet?

Originaltext der Frage:

18 Monate und nicht länger – so lange darf die Stadt Graz laut Gesetz brauchen, um einen Bebauungsplan zu erstellen. Das hat das Verfassungsgericht nun doppelt unterstrichen. Wie eine Tageszeitung in den vergangenen Wochen enthüllte, könnte die Nichteinhaltung dieser Frist für die Stadt weitreichende und vor allem ausgesprochen teure Konsequenzen nach sich ziehen.

In diesem Fall treffen nun mehrere Probleme aufeinander: Graz ist nach wie vor ein Zuzugsmagnet in Österreich und preiswertes Wohnen den Bürger:innen der Stadt naturgemäß ein großes Anliegen. Dies kann nur durch ein gutes Angebot am Wohnungsmarkt befriedigt werden. Gleichzeitig muss jedoch ein besonderes Augenmerk auf die überschießende Flächenversiegelung gelegt werden. Die Lebensqualität in Graz muss sich mittels innovativer Planung verbessern und die Stadt zukunftsfit gemacht werden. Nie war es wichtiger, der Stadtbaudirektion ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen beziehungsweise diese durch die Auslagerung einzelner Projekte zu entlasten.

Nach § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates stelle ich daher folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie als verantwortliches Stadtsenatsmitglied, damit Graz dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes nachkommt und zukünftig die Bebauungsplanung innerhalb der gesetzlichen Frist von 18 Monaten nicht länger regelmäßig überschreitet?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke für die wirklich wichtige Frage. Uns hat das Urteil ja auch alle beschäftigt. Ich würde nur das Wort „Misere“ in Bezug auf die Bebauungspläne da rausnehmen, weil

die Misere ist vielleicht eine, die schon vorher beginnt. Wir haben eine sehr rege Bautätigkeit in Graz. Wir haben nicht flächendeckend auf das ganze Stadtgebiet ausgebreitet eine Bebauungsplanpflicht und damit einhergehend auch nicht die Qualität, die wir uns oft wünschen würden. Natürlich sind wir da in einem Zwiespalt. Wir haben einerseits, du hast auch, Herr Gemeinderat, einige Themen angesprochen in Bezug auf die Qualität und auf das öffentliche Interesse, das gewährleistet werden muss. Und zum anderen private Interessen natürlich von Bauherren und Bauunternehmen, die eine zumutbare Verfahrensdauer brauchen, um auch ihre Projekte durchführen zu können. In dem Zwiespalt sind wir. In Bezug auf das angesprochene Urteil gibt es unterschiedliche Rechtsansichten. Der Fristenlauf in Bezug auf den Fristenlauf der bezieht sich nämlich in dem Fall nicht auf das Raumordnungsgesetz, sondern der Verwegungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und die Frage ist auch eine juristische, ob sich das wirklich 1:1 auf weitere Fälle übertragen lässt. Das müsste man sich genau anschauen. Das ist in dem Fall unserer Ansicht nach und der Ansicht von Juristen, ich bin bekannterweise keine, nicht unbedingt der Fall. Warum braucht es Zeit? Ich habe es schon erwähnt. Es braucht die Qualität. Es braucht beim Erlassen eines Bebauungsplanes sehr viel Mitarbeit von verschiedensten Seiten, von mehreren Magistratsabteilungen, von den Eigentümer:innen, von Bürger:innen und der Politik. Wir haben es in den Ausschüssen und besprechen das. Uns ist bewusst, dass es jetzt eine Zeit gegeben hat, wo weniger Bebauungspläne bearbeitet wurden. Es war auch politisch motiviert. Wir haben auch eine Wahl gehabt und danach eine Neuorientierung, vor allem in Bezug auf die Qualität. Der wollen wir in erster Linie nachkommen und deswegen nehmen wir uns die Zeit. Wir haben aber jetzt, wie Sie alle sehen und wir alle im Ausschuss erlebt haben, viele Bebauungspläne, die wir überarbeitet haben. Wo wir genau geschaut haben, dass wir sozusagen diese schon eine, und die wird künftig noch genauer sein, qualitative Neubewertung in Bezug auf Klimaschutzökologie, Stadtbild, Mobilitätsanstöße usw. mitberücksichtigen. Zwei Maßnahmen wurden in Bezug auf das Urteil trotzdem gesetzt. Das war auch die eigentliche Frage. Nämlich, dass innerhalb von sechs Monaten zumindest eine Projektleiterin im Stadtplanungsamt

festgelegt wird. Die auch sich mit Vorfragen beschäftigt, damit zukünftig nicht weitere Fristen vergehen und zum anderen dann auch, wenn ein vergleichbares Szenario droht, wie es in dem Fall war, dass auch, in dem Fall wäre dann ich die zuständige Stadtsenatsreferentin, Information darüber erhält, dass da eine Frist abgelaufen ist. Das war in dem Fall zwar auch nicht der Fall. Es ist das Urteil gekommen. Aber es ist natürlich Thema und wir wollen aber künftig mehr Qualität reinbringen, das heißt, die Bebauungsplanpflicht ausweiten und natürlich müssten wir dann auch den Fristen nachkommen.

GR Mag. **Pointner**:

Das wäre auch meine Zusatzfrage, wo Sie schon ein bisschen eingestiegen sind. Sie haben im Wahlkampf angekündigt, dass eine Bebauungsplanpflicht für ganz Graz in Erwägung gezogen werden könnte. Planen Sie die trotz der gegenwärtig angespannten Situation eben dennoch oder weiterhin?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ich möchte jetzt den Ergebnissen der Arbeitsgruppe, die sehr intensiv an dem Planungsinstrument und der Überarbeitung der Planungsinstrumente, der städtischen, nicht vorgreifen, aber natürlich ist es ein Punkt, der intensiv diskutiert wird, weil es ein ganz wesentlicher ist. Das ist natürlich, wie erwähnt, auch eine budgetäre, nämlich eine persönliche Frage und deswegen schauen wir uns genau an, wie man das regelt, wie das ua. auch andere Städte machen. Es gibt unterschiedliche Zugänge. Wien hat ein bisschen eine andere Umgangsweise damit und wir schauen uns das an und werden dann auch natürlich demnächst eigentlich, weil es ein wichtiges Anliegen ist, berichten darüber.

Ende Fragestunde: 13.36 Uhr